

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(17. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Katherina Reiche, Thomas Rachel,
Dr. Maria Böhmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/2161 –**

Perspektiven schaffen für das Jahr der Technik 2004

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach,
Christoph Hartmann (Homburg), weiterer Abgeordneter und der
Fraktion der FDP
– Drucksache 15/2594 –**

**Jahr der Technik zur Stärkung der Forschungslandschaft und des
Innovationsklimas in Deutschland nutzen**

A. Problem

Zu Nummer 1

Das durch die Bundesregierung initiierte Jahr der Technik 2004 bietet hervorragende Chancen, die Akzeptanz von Forschung und Technik in Deutschland zu stärken. Die aktuelle forschungs- und technologiepolitische Situation in Deutschland widerspricht jedoch nach Auffassung der Antragsteller der Zielsetzung des Jahres der Technik. Mit der Verringerung der Ausgaben des Einzelplans 30 „Bildung und Forschung“ im Haushaltsjahr 2004 um 100 Mio. Euro gegenüber dem Haushaltsjahr 2003, den Kürzungen im Hochschulbau, der Blockadehaltung gegenüber der Grünen Gentechnik, der Umsetzung der Biopatentrichtlinie und der Fusionsforschung habe die Bundesregierung die falschen Weichen gestellt und die Vermarktung einer Idee über substanzielle und sinnvolle Maßnahmen gestellt.

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung hat das Jahr 2004 zum Jahr der Technik erklärt und damit die Bedeutung von Technik und Ingenieurwissenschaften als eigenständige Disziplin herausgestellt und ihre hervorragende Bedeutung für die technologische und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gewürdigt. Gleichzeitig hat die Bundesregierung mit ihrer Innovationsoffensive eine radikale Moderni-

sierung des deutschen Forschungssystems angekündigt. Die Antragsteller führen aus, dass die Bundesregierung es aber trotz ihrer Absichtsbekundungen nicht vermocht hätte, die Grundlagen für einen Strukturwandel hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft und zu einem Hochtechnologiestandort zu schaffen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die staatlichen Forschungsausgaben zu erhöhen, die Anreize für die Wissenschaft zur Kooperation mit der Wirtschaft zu verstärken und die Fähigkeit der Unternehmen für Innovationen zu fördern.

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/2161 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die deutsche Forschungslandschaft und die Innovationsfähigkeit Deutschlands mit geeigneten finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen und durch die Förderung von Netzwerken der außeruniversitären, der universitären Forschung und Wirtschaft, der Zukunftstechnologien wie Bio-, Verkehrs- und Energietechnologien sowie die Kernfusion und Raumfahrt zu stärken.

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/2594 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/2161 und/oder Annahme des Antrags auf Drucksache 15/2594.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/2161 – abzulehnen,
2. den Antrag – Drucksache 15/2594 – abzulehnen.

Berlin, den 31. August 2004

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende

Jörg Tauss
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Katherina Reiche
Berichterstatterin

Christoph Hartmann (Homburg)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jörg Tauss, Katherina Reiche, Hans-Josef Fell, Christoph Hartmann (Homburg)

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 15/2161** in seiner 89. Sitzung am 29. Januar 2004 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss, Finanzausschuss, Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 15/2954** in seiner 94. Sitzung am 4. März 2004 beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die Fraktion der CDU/CSU sieht in dem von der Bundesregierung ausgerufenen Jahr der Technik 2004 eine hervorragende Chance, die Akzeptanz von Forschung und Technik in Deutschland zu stärken. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse jedoch eine aktive Förderpolitik der Bundesregierung und weniger die Vermarktung einer Idee im Vordergrund stehen.

Damit Deutschland einen angemessenen Beitrag zur europäischen Vision leistet, bis zum Jahre 2010 der dynamischste und wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt zu werden und bis 2010 mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert, müssen

1. die staatlichen Forschungsausgaben aufgestockt,
2. die Anreize für die Wissenschaft zur Kooperation mit der Wirtschaft verstärkt,
3. die Fähigkeit der Unternehmen zur Innovation verbessert werden.

Die Kürzungen im Einzelplan 30 „Bildung und Forschung“ im Haushaltsjahr 2004 um 100 Mio. Euro gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 und die Kürzungen im Hochschulbau um 135 Mio. Euro sowie die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Roten und Grünen Gentechnik, der Fusionsforschung und der Luft- und Raumfahrt werden im Widerspruch zu den von der Bundesregierung für das Jahr der Technik 2004 gesteckten Zielen gesehen.

Daher wird die Bundesregierung aufgefordert:

- in einer Allianz zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 an drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzunähern sowie eine technik- und innovationsfreundliche Haushaltspolitik anzustreben,

- die Mittel für den Hochschulbau nicht weiter zu kürzen,
- eine nationale Biotechnologiestrategie bis 2010 vorzulegen,
- die Forschung in besonders relevanten, strategisch wichtigen Forschungsfeldern zu verstärken und Schlüssel- und Querschnittstechnologien konsequent zu fördern,
- innovationspolitische Leitvisionen und Innovationsstrategien im Dialog von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu entwickeln,
- die Grundlagenforschung zu stärken,
- mehr private Mittel für die Forschung zu mobilisieren,
- die Forschungseinrichtungen hinsichtlich ihrer Autonomie beim Personalmanagement und bei Investitionsentscheidungen durch Flexibilisierung der haushalts- und personalrechtlichen Instrumente zu fördern,
- die Ressortforschung des Bundes mit stärkeren Wettbewerbselementen zu versehen,
- die Forschungslandschaft stärker themenbezogen zu vernetzen und den Aufbau von Kompetenznetzwerken stärker zu fördern durch Anreize zur Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft,
- die internationale Zusammenarbeit und Ausgestaltung des europäischen Forschungsraumes zu stärken sowie europäische Kooperations- und Mobilitätshemmnisse abzubauen,
- die Gesetzgebung in Bezug auf die Gentechnik und EU-Chemikalienpolitik innovationsfreundlicher zu gestalten, auf überholte Regulierungen zu verzichten und Rechtssicherheit für Innovationen zu schaffen,
- bei der Weiterentwicklung des Patentrechts die EU-Biopatentrichtlinie umzusetzen,
- die Situation für technologieorientierte Unternehmensgründungen zu verbessern und die Innovationskraft des Mittelstandes zu stärken u. a. durch die Ausräumung von Finanzierungsproblemen, Verbesserung der Bedingungen für Beteiligungskapital, engere Anbindung der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) an die Hochschulen sowie die Vermittlung von Grundkenntnissen des gewerblichen Rechtsschutzes, der Mechanismen des Technologietransfers und der Unternehmensleitung.

Zu Nummer 2

Die Fraktion der FDP führt aus, dass die Bundesregierung das Jahr 2004 zum Jahr der Technik erklärt und damit die historische, aktuelle und zukünftige Bedeutung von Technik und Ingenieurwissenschaften als eigenständige Disziplin in Bildung und Wissenschaft, Forschung und Entwicklung herausgestellt hat. Darüber hinaus habe die Bundesregierung mit ihrer Innovationsoffensive die radikale Modernisierung des deutschen Forschungssystems angekündigt. Vor diesem Hintergrund soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

- durch einen mittelfristigen Finanzplan „Forschungs- und Innovationsförderung 2010“ die notwendigen Grundlagen zu schaffen, dass bis zum Jahre 2010 drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden können,
- die gemeinsame Forschungsfinanzierung durch Bund und Länder fortzusetzen, damit Qualität und Profilierung der großen wissenschaftlichen Gemeinschaften auf höchstem Niveau erreicht werden können,
- den Fortbestand der Leibniz-Gemeinschaft zu sichern,
- Pläne aufzugeben, wonach sich der Bund auf die Förderung von Spitzenforschung und -lehre, wissenschaftliche Nachwuchsförderung, Ausbildungsförderung und überregionale außeruniversitäre Forschung konzentriert,
- Netzwerke von Spitzenfakultäten der Hochschulen mit Spitzeninstituten der außeruniversitären Forschungseinrichtungen als so genannte Cluster zu fördern,
- im Rahmen einer Neugestaltung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) und der Initiative „Forschung an Fachhochschulen“ die allgemeinen Voraussetzungen für eine anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen zu schaffen,
- zur Förderung von Spitzenleistungen in Forschung und Lehre und bei der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf einengende Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes zu verzichten und vielmehr auf Autonomie und Wettbewerb der Hochschulen zu setzen,
- die im Rahmen des Solidarpakts II für die neuen Bundesländer bis 2019 bereitgestellten Mittel gezielt auch für den Aufbau der Forschungslandschaft und der Forschungsförderung zu nutzen,
- sich auf europäischer und internationaler Ebene stärker für den Forschungsstandort Deutschland und damit für die Beteiligung an internationalen Projekten wie z. B. der europäischen Neutronenspallationsquelle (ESS) einzusetzen,
- mit einem klaren Bekenntnis zu Zukunftstechnologien wie der Biotechnologie, der Gentechnik, modernen Verkehrstechnologien wie dem Transrapid, modernen Energietechnologien wie der Kernfusion und der Raumfahrt das Vertrauen der Wissenschaft und der Wirtschaft in die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschlands wieder herzustellen,
- den Bürokratieabbau und die Deregulierung schneller voranzutreiben und die Gesetzgebung hinsichtlich ihrer Wirkung auf Forschung und Entwicklung und negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft zu überprüfen,
- die Mittel für die großen Forschungsorganisationen bis zum Jahre 2010 zu verstetigen,
- die Einbindung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in die Hochschul- und außeruniversitäre Forschung sowie den Zugang zu europäischen Forschungsprogrammen zu verbessern, damit neue Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung in neue Produkte und Technologien schnell umgesetzt werden können,
- die Forschungsförderungsprogramme für KMU wie das Programm „PROINNO“ für Forschungsk Kooperationen

zwischen KMU und zwischen KMU und außeruniversitärer Forschung auszubauen und mit dem Nachfolgeprogramm „PROINNO II“ umgehend zu beginnen,

- durch eine umfassende Steuerreform das Innovationsklima in Deutschland spürbar zu verbessern, damit der Hochtechnologiestandort Deutschland auf Dauer gesichert und ausgebaut wird,
- die Patentverwertungsoffensive des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu evaluieren und gegebenenfalls neu auszurichten, bürokratische Hemmnisse gegenüber Kooperationen zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft abzubauen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** und der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/2161 abzulehnen.

Der mitberatende **Finanzausschuss** und der **Rechtsausschuss** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/2161 empfohlen.

Zu Nummer 2

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/2594 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/2594 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 33. Sitzung am 31. März 2004 beraten und empfiehlt:

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/2161 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/2594 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird festgestellt, dass in der Innovationsoffensive der Bundesregierung die falschen Weichen gestellt worden seien. Der Forschungshaushalt 2004 sei erneut gekürzt und die Biopatentrichtlinie nicht umgesetzt worden. Das Gentechnikrecht sei bürokratisch und behindere die Entwicklung der Biotechnologie. Die Kernfusion werde ausgebremst, da sie nicht in die politische Richtung der Bundesregierung passe. Mit dem vorliegenden Antrag wolle die Fraktion der CDU/CSU dem Jahr der Technik die bisher fehlende Substanz hinzufügen, da der Schwerpunkt der Aktivitäten der Bundesregierung bisher auf PR-Maßnahmen gelegt worden sei. So sei allein für die Öffentlichkeitsarbeit 383 000 Euro und für die Kampagne zum Jahr der Technik 3,4 Mio. Euro ausgegeben worden.

Die Antragsteller fordern eine Umgestaltung der Haushaltspolitik und die Stärkung der Grundlagenforschung gegenüber der anwendungsorientierten Forschung. Vermisst werde nach wie vor eine nationale Biotechnologiestrategie, eine themenbezogene Vernetzung der Forschungslandschaft und der Ausbau von Kompetenznetzwerken. Ferner wird gefordert, das Patentrecht weiterzuentwickeln.

In Deutschland gebe es kein wirtschaftliches Wachstum mehr. Es könne nur auf der Grundlage von Produkt- und Prozessinnovationen, durch das Erschließen neuer Märkte und eine verstärkte Investitionstätigkeit entstehen. Um den Anschluss an die USA und die asiatischen Technologieregionen wieder zu erreichen, müssten bis zum Jahre 2020 in Deutschland mindestens 100 Mrd. Euro Venture-Capital investiert werden. In Deutschland sei die Regulierung und Bürokratie im Zusammenhang von Firmengründungen zu hoch, die Risikobereitschaft vor allem auch junger Unternehmer zu gering und die Quote der Neugründungen vor diesem Hintergrund zu niedrig. Man könne die Gesamtentwicklung, insbesondere auf dem Venture-Capital-Markt, nicht unmittelbar der Bundesregierung anlasten, müsse ihr jedoch vorwerfen, dass sie dieser Entwicklung nicht energisch entgegenwirke und die Rahmenbedingungen nicht verbessere.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, die Blockade in der Gentechnik und Chemikalienpolitik aufzugeben, den europäischen Forschungsraum zu stärken und europäische Kooperations- und Mobilitätshindernisse abzubauen.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird ausgeführt, dass die Fraktion der CDU/CSU nicht zur Kenntnis nehme, dass der Etat für Bildung und Forschung seit 1998 um 34 Prozent, in den strategisch wichtigen Bereichen IuK-, Nano- und Biotechnologie um 50 Prozent, aufgestockt worden sei. Daher weise man die Bezeichnung „Show-Veranstaltung“ für das Jahr der Technik und die Innovationsoffensive der Bundesregierung ausdrücklich zurück.

Für die Entwicklungen am Venture-Capital-Markt könne die Bundesregierung in der Tat nicht zur Verantwortung gezogen werden. Sie habe hier bis zu 500 Mio. Euro Beteiligungskapital zur Verfügung gestellt. Zur Unterstützung von Neugründungen sei das Programm „Exist“ aufgelegt worden. Die Koalition werde den mit dem Jahr der Technik skizzierten Weg fortsetzen und sich weiterhin um Haus-

haltssteigerungen in Bildung, Forschung und Entwicklung bemühen.

Es wird kritisiert, dass die Opposition gleichzeitig Steuer-senkungen und Aufgabenerweiterungen fordere, während die Bundesregierung versuche, sowohl die Sicherung der Steuereinnahmen als auch einer vernünftigen Ausgaben-gestaltung gerecht zu werden.

Was die Hochschulpolitik des Bundes angehe, trage der Bund in einigen Ländern wie z. B. in Baden-Württemberg und Bayern 50 Prozent der Hochschulkosten. Demgegenüber habe die Niedersächsische Landesregierung die Spitzenuniversität Göttingen überproportional mit Kürzungen bedacht. Die Koalition wolle die Spitzenförderung mit der breiten Förderung in Einklang bringen.

Zur zukünftigen Rolle der ZVS wird ausgeführt, dass in der Anhörung zu den Arbeitsbedingungen an deutschen Hochschulen auch der Opposition nahe stehende Sachverständige ausgesagt hätten, dass man nicht vollständig auf die ZVS verzichten solle. Die Koalition empfehle, mit einer moderierten ZVS neue vernünftige Regeln des Hochschulzuges herbeizuführen und das Hochschulrahmengesetz zu entschlacken. Gemeinsames Ziel von Bund und Ländern müsse es sein, die Bürokratie an den Hochschulen zu verringern.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird erklärt, dass sie die Situationsanalyse im Antrag der Fraktion der CDU/CSU teile und daher dem Antrag auch zustimmen wolle. In Deutschland gebe es eine unterschwellige Technologie-feindlichkeit, die in erster Linie die Risiken der technologischen Entwicklung sehe. Der Bericht der Bundesregierung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands mache auch deutlich, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb verliere. Daher müssten die Anstrengungen in diesem Bereich erheblich verstärkt werden.

Die Mittel für Forschung und Entwicklung hätten im Jahr 2002 einen Umfang von 53 Mrd. Euro gehabt, das entsprechende 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wenn es keine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts gebe, dann müssten 10 Mrd. Euro auf diesen Betrag noch aufgesattelt werden, damit im Jahr 2010 das Drei-Prozent-Ziel erreicht werden könne. Bereits bei einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 1,75 Prozent müssten 20 Mrd. Euro zusätzlich aufgebracht werden. Man gewinne den Eindruck – auch vor dem Hintergrund der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der FDP –, dass die Bundesregierung den wahren Umfang der zusätzlich notwendig werdenden Mittel nicht erkenne.

Von Seiten der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird erklärt, dass es sich bei der Begründung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU um Worthülsen handle und dass die Opposition mit ihrer Argumentation zum schlechten Stimmungsbild in Deutschland beitrage. Deutschland sei eine der stärksten Wirtschaftsstandorte der Welt. Eine weltweite Wachstumsschwäche habe natürlich auch Einfluss auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland. Das Wachstum bei den erneuerbaren Energien, wo in den letzten Jahren 100 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien, werde von der Fraktion der CDU/CSU bekämpft, und man setze auf einseitige Technologien, die von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt würden wie z. B. gentechnisch verän-

derte Nahrungsmittel. Vor dem Hintergrund ethischer Fragestellungen im Zusammenhang der Stammzellforschung wird darauf hingewiesen, dass es nicht einmal eine Mehrheit dafür in der Fraktion der CDU/CSU gebe.

Die Probleme im Zusammenhang des Venture-Capitals wären der Koalition bekannt. Es wird auf den Venture-Capital-Dachfonds der Bundesregierung hingewiesen. Insgesamt sei man sich mit der Mehrheit der Mitglieder des Bildungs- und Forschungsausschusses einig, dass die steuerlichen Rahmenbedingungen verbessert werden müssten, man vermisse jedoch konkrete steuerpolitische Vorschläge der Unionsfraktion.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird darauf hingewiesen, dass das Jahr der Technik in der Folge der zurückliegenden Wissenschaftsjahre stehe, die die Bundesregierung im Jahr 2000 begonnen habe. Erinnert wird an das Jahr der Physik, der Geowissenschaften, Lebenswissenschaften und an das

Jahr der Chemie. Bereits im März wären über 600 Veranstaltungen für das Jahr der Technik angemeldet worden. Die Initiative der Bundesregierung, die den Dialog zwischen Wissenschaft, Technik und Öffentlichkeit fördere, habe dazu beigetragen, dass junge Menschen wieder mehr Interesse an der Aufnahme technischer Studiengänge hätten. Das Jahr der Technik stehe in der Reihe dieser erfolgreichen Bemühungen. Zu den zusätzlichen Haushaltsmitteln von 10 Mrd. Euro, die bei einem gleich bleibenden Bruttoinlandsprodukt zusätzlich aufgewendet werden müssen, wird erklärt, dass ein Drittel dieser Mittel durch die öffentliche Hand und zwei Drittel durch die Wirtschaft aufgebracht würden. Die öffentlichen Gelder würden gemeinsam von Bund und Ländern zur Verfügung gestellt. Der Vertreter der Bundesregierung zeigt sich zuversichtlich, dass trotz der aktuellen schwierigen Haushaltslage das Ziel 2010 erreicht werden könne, wenn alle forschungsrelevanten Kräfte in einer gemeinsamen Anstrengung dafür arbeiten würden.

Berlin, den 31. August 2004

Jörg Tauss
Berichterstatte

Katherina Reiche
Berichterstatte

Hans-Josef Fell
Berichterstatte

Christoph Hartmann (Homburg)
Berichterstatte

